Basel, 26. Juni 1915 — № 26 — XV. JAHRGANG

SCHWEIZ · KONSUM - VEREIN

ORGAN DES VERBANDES SCHWEIZ · KONSUMVEREINE (V·S·K)



REDAKTION UND ADMINISTRATION : BASEL , THIERSTEINERALLEE 14
DRUCK UND VERLAG : VERBAND SCHWEIZ · KONSUMVEREINE (V·S·K)

Genossenschaftlicher Arbeitsmarkt.

Nachfrage.

Konsumverein am Zürichsee, mit einem Umsatz von zirka 180,000 bis 200,000 Franken, sucht tüchtigen, energischen **Verwalter.** Eintritt baldmöglichst. Offerten mit Gehaltsansprüchen und Angabe über bisherige Tätigkeit unter Chiffre S. K. 1915 an den Verband schweiz. Konsumvereine in Basel.

Angebot.

Gut empfohlener Mann, langjähriger **Filialleiter** eines besseren Kolonial- und Delikatessengeschäftes, deutsch, englisch, französisch und italienisch sprechend, sucht eine Filiale zu übernehmen, eventuell auch Anstellung als Verkäufer oder Magaziner. Kaution kann geleistet werden. Offerten unter Chiffre R. A. 36 an den Verband schweiz. Konsumvereine in Basel.

In einer Konsumgenossenschaft des St. Immerthales würde man 2 Töchter im Alter von 17 und 18 Jahren gegen zwei ungefähr gleichaltrige, aber jedenfalls aus der Schule entlassene, in Tausch geben. Gegenseitige Gelegenheit die Landessprache zu erlernen. Offerten unter Chiffre A. M. 74 an den Verband schweiz. Konsumvereine in Basel.

An die tit. Verwaltungen der Konsumvereine richten wir die höfliche Bitte, bei Bedarf von Arbeitskräften die Angebote auf dem „Genossenschaftlichen Arbeitsmarkt“ bestens zu berücksichtigen.

Die Verwaltungskommission des V.S.K.

SCHWEIZ·KONSUM-VEREIN
ORGAN DES VERBANDES SCHWEIZ·KONSUMVEREINE (V·S·K)

XV. Jahrgang Basel, den 26. Juni 1915 No. 26

Wöchentlich erscheint eine Nummer von 8—16 Seiten Text. Abonnementspreis Fr. 4.40 p. Jahr, Fr. 3.— p. 6 Monate, ins Ausland unter Kreuzband Fr. 7.— p. Jahr

Motto: Das Schweizervolk kann seine wirtschaftliche Selbständigkeit gegenüber dem Ausland nur behaupten und im Innern zu grösserem Wohlstand und höherer sozialer Gerechtigkeit nur fortschreiten, wenn es seine Konsumkraft organisiert. Die genossenschaftliche Zusammenfassung dieser Kraft ist daher für uns eine Lebensfrage: Sie ist unsere nationale Aufgabe im XX. Jahrhundert.

Inhalts-Verzeichnis:

Nochmals die Haltung des V. S. K. zu den Teuerungsdemonstrationen.

Sch. Bereits für Nr. 24 des «Schweiz. Konsum-Vereins» waren uns die beiden nachfolgenden Erwiderungen auf unsere die J. H.-Korrespondenz in Nr. 23 kommentierenden Ausführungen zugegangen. Wegen Raummangel konnten solche in den beiden letzten Nummern nicht untergebracht werden. Inzwischen ist die Frage auch noch an der Delegiertenversammlung angeschnitten worden und wird voraussichtlich am 26./27. Juni in der Aufsichtsratssitzung nochmals erörtert werden.

Heute bringen wir nun die Erwiderungen mit einigen Bemerkungen unsererseits zum Abdruck. Die erste Korrespondenz hat folgenden Wortlaut:

Verband und Teuerungsdemonstrationen. J. H. Gegen den in Nummer 22 des «Konsumverein» erschienenen Artikel «Zur Teuerungsfrage» scheint erfreulicherweise die gesamte Arbeiterpresse Stellung genommen zu haben. Weniger erfreulich ist der Sch.-Kommentar in Nr. 23 des «Konsumverein». Wir haben nicht die Absicht, uns noch einmal auseinanderzusetzen mit den wirtschaftspolitischen Anschauungen, mit welchen unsere Verbandsleitung im erwähnten Artikel uns überrascht. Wesentliches Motiv für die Haltung der Verwaltungskommission sind, wie sich aus dem Artikel ergibt, nicht diese wirtschaftspolitischen Anschauungen, sondern die Rücksicht auf den — Burgfrieden. Dieser Richtschnur folgend, gestatten wir uns einige Gegenbemerkungen.

Am 16. August 1914 hat der Aufsichtsrat seine Zustimmung gegeben, dass in einer Reihe von wirtschaftlichen Fragen mit der Landwirtschaft Vereinbarungen getroffen werden. Die A b s i c h t dieses Beschlusses war, die Ernährung des Schweizervolkes und die rationelle Verwertung der vorhandenen Vorräte sicherzustellen, seine V o r a u s s e t z u n g, dass die Landwirtschaft ihre Klasseninteressen nicht rücksichtslos den allgemeinen Interessen voranstelle, zum mindesten bereit sei zu bescheidenen Opfern. Der Erfolg dieses Beschlusses war ein recht bescheidener. Die Landwirtschaft kam entgegen, wo sie musste. Wo sie das Heft in den Händen hatte oder zu haben glaubte, stellte sie Forderungen und Zumutungen, welche der Verband schweiz. Konsumvereine unter keinen Umständen annehmen konnte. Während fast alle Kreise des Volkes grosse Opfer zu bringen haben infolge des Krieges, hat die Landwirtschaft Erntezeit. Sie begnügt sich nicht damit. Ihre Führer entfalten eine intensive Propaganda, um die Stellung der Landwirtschaft auch in der Zukunft noch mehr zu festigen und zu verbessern.

Der Verband schweiz. Konsumvereine glaubt seinerseits alles getan zu haben, was in seinen Kräften stand um die Interessen der Konsumenten zu schützen. Mit Rücksicht auf den Burgfrieden verzichtet er darauf, die Schädigungen der Konsumenten durch den Privathandel jetzt schon in seiner Presse nachzuweisen. Er verzichtet auf jede Polemik gegen die Presse des Privathandels, die nicht aufhört, ihn, seine Bestrebungen und seine Leistungen zu verkleinern und zu verunglimpfen. Er verzichtet darauf, seine wirtschafts- und zollpolitischen Anschauungen energisch zu vertreten gegen die Laur'sche Agitation. Er verzichtet sogar darauf, sich gebührend zur Wehr zu setzen gegen unwahre Anschuldigungen und Angriffe des Bauernsekretärs.

Trotz der wachsenden Enttäuschung über diese passive Haltung des V. S. K. unterlassen die Konsumenten Vorwürfe gegen den Verband. Dagegen empfiehlt die Liga zur Verbilligung der Lebenshaltung ihren Mitgliedern, zu welchen der Verband und eine grosse Zahl Konsumvereine gehören, eine entschiedene Aufklärungsarbeit zu betreiben gegenüber der Laur'schen Propaganda. Einzelne Konsumvereine und andere Mitglieder der Liga vollziehen diesen Beschluss, d e r V. S. K. n i c h t. Auch jetzt bleibt der Verband trotz des steigenden Missver-

gnügens vieler Konsumenten und Genossenschafter von Kritik und Vorwurf verschont.

Dagegen übernehmen andere wirtschaftliche Organisationen, die Gewerkschaften und Arbeiterunionen und auch politische Verbände die Verteidigung der Konsumenteninteressen gegen die Schädigungen durch Privathandel, durch Landwirtschaft und gegen Fehler der politischen Behörden. Nachdem die Landwirtschaft, der Privathandel und die industriellen Unternehmen keinen Augenblick daran gedacht hatten, dem Burgfrieden zulieb auf die Wahrung ihres Profites und auf die publizistische Vertretung ihrer Interessen zu verzichten, setzen die Arbeiter sich endlich zur Wehr durch Interpellationen und Motionen in den Behörden, durch ihre Presse, durch eine Petition an die Bundesbehörden und durch Demonstrationen. Für den Verband schweiz. Konsumvereine blieben zwei Wege offen: Er konnte wie bis anhin in der Illusion einer burgfriedlichen Idylle verharren und die Entwicklung des entbrannten Kampfes in mehr oder weniger wohlwollender Neutralität als Zuschauer verfolgen oder er konnte sich an die Seite der ihre Interessen verteidigenden Konsumenten stellen und dabei Einfluss nehmen auf Methode Mittel und Richtung dieses Abwehrkampfes. Das letztere wurde von vielen Konsumenten erwartet, aber von niemandem direkt gefordert. Was aber tat der Verband schweiz. Konsumvereine? Was niemand von ihm erwartete. Er, der konsequent geschwiegen hatte gegen die Angriffe der Händlerpresse, er, der sich vom Bauernsekretär fälschlich dem Schweizervolk als Fleischverteuerer denunzieren liess, er, der ruhig zuschaute, wie das schweizerische Bauernsekretariat eine Flut von Zeitungsartikeln und Broschüren über das Schweizervolk ausgoss mit unrichtigen Behauptungen und falschen Zahlen, er hielt es für seine Pflicht, seinen Schild zu halten nicht über die Konsumenten, ihre Organisationen, ihre Wünsche und Forderungen, sondern über Landwirtschaft, Privathandel und Bundesbehörden: Und das soll Burgfrieden sein? Ein Blick in die Presse gibt die Antwort. Die beiden Artikel des «Konsum-Vereins» werden von der Presse der wirtschaftlichen und politischen Gegner der Konsumenten mit Genuss abgedruckt, frohlockend über die auch nicht im Traum erwartete Unterstützung seitens des Verbandes im Kampfe gegen die Konsumenten. Die eifrigsten, überzeugtesten und treuesten Anhänger der Genossenschaftsbewegung aber empfinden diese Artikel als einen Schuss in den Rücken, als direkten Verrat. So stehen die Dinge. Und darum bedauern wir tief die beiden Artikel. Sie waren keine burgfriedliche Handlung, sie waren die Einmischung in den Kampf mit falscher Front, sie waren ein Fehler.

* * *

Dazu bemerken wir folgendes:

Unser J. H.-Korrespondent geht auf unsere sachlichen Feststellungen in Nr. 23, wonach wir sowohl für Milch und Milchprodukte wie Schlachtvieh und Kartoffeln eine wucherische Ausbeutung der Marktlage durch die schweizerischen landwirtschaftlichen Produzenten bestritten haben, nicht mehr ein; damit wird also die Richtigkeit unserer Feststellungen über diesen Punkt anerkannt. Die neuen Aussetzungen von J. H. enthalten nun entweder unbestimmte Behauptungen ohne Bezugnahme auf bestimmte Produkte, oder sie betreffen nur die Form unseres Vorgehens. Für unsere Erwiderung müssen wir vorausschicken, dass wir unter der wiederholt erwähnten Bezeichnung Landwirtschaft nur die organisierte Landwirtschaft, soweit sie durch die mit uns verkehrenden Unterhändler vertreten war, verstehen, aber nicht jeden einzelnen isolierten Landwirt, oder eine vereinzelte wilde Organisation, so gut wir unter Konsumenten auch nicht jeden einzelnen isolierten Konsumenten verstehen. Von dieser Begriffsbestimmung ausgehend, ist die von J. H. aufgestellte Behauptung, die Landwirtschaft sei nur entgegengekommen, wo sie musste, eine unbewiesene Behauptung und insofern unvollständig, als J. H. unterlässt zu erklären, warum denn die Landwirtschaft «gemusst» hat. Nur wer etwas gezwungen tut, muss, das «Zwingen» setzt jedoch jemanden voraus, der ein Entgegenkommen erzwingt. Da nun weder wir noch Dr. Laur einen solchen Zwang ausüben konnten, würde, die Richtigkeit des Zwanges angenommen, dadurch von J. H. indirekt zugestanden, dass eine andere Stelle und das könnte nur der Bundesrat sein, dem man Pflichtvergessenheit vorwirft, diesen Zwang ausgeübt hätte. Uns ist jedoch nicht bekannt, dass z. B. bei der Milchpreisfestsetzung der Bundesrat hätte ein Machtwort sprechen müssen, sondern die Milchpreise wurden in freier Verständigung mit den Milchproduzenten vereinbart. Dass die Landwirtschaft Zumutungen gestellt hätte, welche der V. S. K. unter keinen Umständen hätte annehmen können, ist nicht richtig. Da, wo wie bei der Organisation des Vieheinkaufes eine Verständigung nicht erzielt wurde, lag der Grund zur Hauptsache darin, dass ohne gleichzeitige Bindung der privaten Metzgermeister aus Konkurrenzrücksichten diese Vereinbarung nicht abgeschlossen werden konnte. Wir wollen ferner noch feststellen, dass wir letzten Herbst beim Obsteinkauf uns über eine ungebührliche Ausnützung der Situation nicht beklagen konnten. Mit diesen drei Gruppen von Produkten, Milch, Schlachtvieh, Obst, sind diejenigen Produkte der Landwirtschaft, wo sie « Erntezeit » halten konnte, erschöpft. Interessengegensätze zwischen Verkäufer und Käufer wird es, abgesehen von der konsumgenossenschaftlichen Eigenproduktion, immer geben; wo kämen wir jedoch hin, wenn wir jedem Gegenkontrahenten, nachdem wir mit demselben zu einer Preisverständigung gelangt sind, immer und immer wieder Wucher vorwerfen würden? Dass jeder Unternehmer, sei er Produzent oder Zwischenhändler, eine ihm günstige Marktlage einigermassen ausnützt, liegt in den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen begründet, die wir auch trotz des Krieges nicht auf einmal, sondern nur in mühsamer und langwieriger ununterbrochener Arbeit ändern können. Wenn man berücksichtigt, dass auch den Landwirten nicht nur Vorteile aus der Kriegslage erwachsen sind, sondern dass sie auch erhebliche Mehrauslagen hatten, und dass zum Teil die Produktion sich verringert hat, so kann man von einer ungebührlichen Ausnützung der Marktlage durch unsere Landwirtschaft nicht sprechen. Nachdem wir mit Wissen und Willen in Friedenszeiten immer gegen die agrarischen Schutzzolltendenzen aufgetreten sind und unserer Landwirtschaft die Ausnützung der günstigsten Produktionsfaktoren, also der Milchwirtschaft, angeraten, sie damit auch auf den Weltmarkt verwiesen und von demselben abhängig gemacht haben, wäre es auch illoyal, wenn wir sie nun vollständig vom Weltmarkt durch strikte Handhabung der Ausfuhrverbote zurückhalten wollten; so wenig wie es loyal wäre, wenn man gewaltsam schweizerische Arbeiter, die im Auslande ein besseres Auskommen finden, von der besseren Verwertung ihrer Arbeitskraft im Auslande, zurückhalten

würde. Wir haben der schweizerischen Landwirtschaft gegenüber durch die Tat bewiesen, dass wir wirklichen Uebergriffen mit Erfolg entgegenzutreten gewillt sind, nämlich dann, wenn sie von den schweizerischen Konsumenten für ihre Produkte mehr verlangte, als was auf dem Weltmarkte gefordert wird. Wir würden auch heute ungebührlichen Zumutungen gegenüber trotz Burgfrieden uns zur Wehre setzen; ohne Grund jedoch einen Kampf zu eröffnen, halten wir weder für gerecht noch Erfolg versprechend. Unsere Position bei künftigen Verhandlungen mit der Landwirtschaft wird dadurch nur gestärkt, wenn wir auf unsere heutige Stellung hinweisen können.

Dass nun mitten in diese Kriegszeiten hinein Dr. Laur eine angeblich längst vorbereitete Agitationsbroschüre für agrarische Schutzzölle von Stapel liess und auch sonst die Situation für die Zukunft ausnützen will, halten auch wir nicht besonders rühmenswert. Immerhin ist zu berücksichtigen, dass es sich bei der Laur'schen Propaganda nicht um aktuelle Preisaufschläge für bestimmte landwirtschaftliche Produkte — für die ist ja zur Hauptsache die Vereinbarung getroffen worden — sondern um Zukunftsmusik handelt. Und da glauben wir, dass heute die Laur'sche Agitation keine grosse Wirkung auslöst. Oder glaubt unser J. H. Mitarbeiter im Ernste, dass heute, wo alles Interesse beinahe ausschliesslich dem gewaltigen Ringen um die Weltherrschaft, das sich rings um unsere Grenzen spielt, gewidmet ist, wo man nicht weiss, welche Staaten nach Beendigung dieses Krieges noch existieren werden oder in welchem Umfange, ob man die bisherige Zollpolitik weiter verfolgt, oder ob eine Schwenkung zu Freihandel oder Hochschutzzöllen, oder zur mitteleuropäischen Zollunion vorgenommen wird, den von Dr. Laur aufgeworfenen Fragen grosses Interesse entgegengebracht wird? Wir glauben im Gegenteil, Dr. Laur habe für seine Propaganda den aller ungeschicktesten Zeitpunkt — von seinem Standpunkt aus gerechnet — ausgewählt und sein Pulver vorzeitig verpufft. Beweis dafür dürfte doch sein, dass die massgebende Tagespresse die Laur'sche Broschüre bisher ignorierte. Und darum haben auch wir sie bisher ignoriert.

Wir verweisen nun darauf, dass wir seit Kriegsausbruch Weisung erteilt haben — und das ist auch in dem von der Delegiertenversammlung *genehmigten* Jahresbericht ausdrücklich festgenagelt — während der Kriegszeit ohne Not in unserer Presse keine Polemik zu treiben, nicht einmal gegen die geschworenen Feinde aus dem Lager des Privathandels; und da sollten wir nun wegen einer einzigen nicht ganz richtigen Behauptung von Dr. Laur — unseres Wissens handelt es sich nur um die Behauptung, der V. S. K. sei auch schuld an dem Nichtzustandekommen der Schlachtviehlieferungskonvention — eine grosse Presskampagne eröffnen. Auf die Schutzzollbroschüre von Dr. Laur werden wir zu gegebener Zeit schon antworten, dessen kann unser J. H.-Korrespondent versichert sein; *heute* würde eine Antwort das Schicksal der Laur'schen Broschüre teilen.

Wir glauben, dass mit dieser von uns eingenommenen Haltung die erdrückende Mehrzahl der organisierten Konsumenten einverstanden war. Beweis dafür ist, dass uns bis die ersten Teuerungsdemonstrationen organisiert wurden, aus der Mitte unserer Verbandsvereine keine einzige Reklamation zugegangen ist und diese umfassen doch 276,000 Mitglieder. Von einer «Enttäuschung» aus diesen Kreisen, und die kommen für uns allein in Betracht, war uns nichts bekannt. Es muss dies auch seinen Grund darin haben, dass wir je und je in unserer Presse und im Warenbericht über die Marktlage und die Gründe, die zur Teuerung geführt haben, sachgemässen Aufschluss erteilt haben. Wir machen hier speziell darauf aufmerksam auf die in Nr. 5 des «Schweiz. Konsum-Vereins» vom 30. Januar 1915 erschienenen Ausführungen «über Preisbildung in Kriegs- und Friedenszeiten», verfasst von Herrn J. Lorenz, Leiter des wirtschaftsstatistischen Bureaus der schweizerischen Liga für die Verbilligung der Lebenshaltung, welcher Artikel mit folgenden Worten schliesst: «Dieser kleine Abschnitt ist hinreichend charakteristisch für die Unsicherheit in der Preislage, die ihrerseits eben auf die Unsicherheit der Marktlage zurückzuführen ist; *deren Nachteile heute zu vermeiden, liegt in keines Menschen Macht*».

Trotz dieser Feststellung von berufener Seite glaubte nun eine Reihe von Organisationen, durch Teuerungsdemonstrationen könnte dieses «Uebermenschliche» doch ermöglicht werden und machten sich an die Organisation von solchen Demonstrationsversammlungen. Objektive Aufklärungen über die Verhältnisse, die die heutige Teuerung verursacht haben, können natürlich nie schaden, und sofern diese Teuerungsdemonstrationsversammlungen sich darauf beschränkt hätten, objektiv die heutigen Verhältnisse zu schildern und nichts Ungebührliches zu verlangen, so hätten auch wir solchen Versammlungen sympathisch gegenüber stehen können. Aus dem Bericht über die ersten Versammlungen ging jedoch hervor, dass die Referenten zum Teil mit Begehren auftraten, die entweder nicht erfüllbar waren, oder nur unter schwerer Schädigung der konsumgenossenschaftlichen Organisationen, und dass solche Begehren mit irreführenden Behauptungen und Angriffen auf Landwirtschaft und Bundesbehörden begründet wurden.

Beispielsweise wollen wir anführen, dass in den meisten dieser Versammlungen die Festsetzung von *Höchstpreisen* verlangt wurde. Wir haben in unserem Jahresbericht ausgeführt — und diese Ausführungen sind bis jetzt unwidersprochen geblieben — dass die Festsetzung von Höchstpreisen ein zweischneidiges Instrument ist und sehr oft zur Schädigung der Konsumenten und der Konsumentenorganisationen führen kann und dass sie ohne gleichzeitige Beschlagnahme aller Rohstoffe und Zwischenprodukte bei den Produzenten wirkungslos bleiben würde. Sollen wir nun unseren organisierten Konsumenten anraten, an solchen Versammlungen teilzunehmen und Höchstpreise postulierenden Resolutionen zuzustimmen?

Ein weiteres Begehren, das auch von unserem J. H.-Korrespondenten vertreten wurde, war das Verlangen, dass wie in Holland, der Staat verpflichtet werde, *alle Lebensmittel zu den vor dem Kriege geltenden Ansätzen an die Konsumenten abzugeben*, obgleich die Erstellungspreise seither ganz bedeutend gestiegen sind. Der Staat sollte dann die Differenz zwischen den heutigen Erstellpreisen und den früheren aus den Steuern decken. Es handelt sich also hier mehr oder weniger um das Begehren von Almosen, das unseren Prinzipien der Selbsthilfe diametral entgegengesetzt ist. Die Folge der Annahme eines solchen Postulates wäre die *Ausschaltung der Konsumentenorganisationen, unter Umständen deren*

Ruin; unser Bestreben, die schweizerischen Konsumentenorganisationen ohne Gefährdung über die schweren Kriegszeiten hinwegzuführen, damit sie nachher ihre doppelt nötigen Aufgaben zu erfüllen imstande seien, wäre schmählich gescheitert, denn selbstverständlich hätten die staatlichen und kommunalen Organe für diese Abgaben unter dem Selbstkostenpreis die Konsumvereine nicht zuziehen können, so wenig wie sie dies in Holland tun, die Verkaufsstellen der Konsumvereine würden nur noch spärlich benützt, Mietzinsen und Saläre würden jedoch weiter laufen oder es müssten die Angestellten der Konsumvereine grösstenteils entlassen werden.

Ein weiteres, an diesen Teuerungsdemonstrationsversammlungen aufgestelltes Postulat war das, dass die Milchproduzenten die Distribution der Milch an den Konsumorten unter Beseitigung des Zwischenhandels ausschliesslich an die Hand nehmen sollen. Damit wären selbstverständlich auch die Konsummolkereien ausgeschaltet und wertlos geworden und die Landwirte hätten dadurch ein Postulat, das wir seit Jahrzehnten allen ihren Bestrebungen gegenüber mit grösster Energie bekämpft haben, kampflos von einer Seite zugebilligt erhalten, die sich keine Rechenschaft über die Konsequenzen dieses Postulates machen kann.

Mit wie grosser Sachkenntnis übrigens die Referenten in solchen Versammlungen aufgetreten sind, beweist u. a. der Umstand, dass verschiedene derselben eine der Speziererpresse — helfe was helfen mag — entnommene Mitteilung, Zucker, den der Bund zu Fr. 29.50 abgebe, werde von den wucherischen Grossisten zu Fr. 54.50 verkauft, kritiklos weitergaben. Es ist nicht unsere Sache, sich für die angegriffenen Grossisten zu wehren, dagegen kann durch diese tendenziöse Gegenüberstellung von 29.50 zu 54.50 eine vollständig falsche Auffassung über die heutigen Zuckerpreise erzeugt werden. Der Bund ist natürlich nicht in der Lage, zu Fr. 29.50 Zucker abzugeben; aber auch wenn dies der Fall wäre, würden durch die Gegenüberstellung von 29 zu 54 zwei Grössen verglichen, die sich nicht vergleichen lassen. Zoll, Fracht, Sackmiete existieren scheint's für diese Referenten nicht.

Diese Beispiele über unrichtige Orientierung der Zuhörer an solchen Demonstrationsversammlungen liessen sich noch vermehren. Dadurch wird bewiesen, dass die Leitung des V. S. K. nicht nur des Burgfriedens halber, sondern auch im Interesse der Konsumentenorganisation zu den Teuerungsdemonstrationen Stellung nehmen musste, als ihr bekannt wurde, dass auch dem Verband angeschlossene Konsumgenossenschaften offiziell zur Beteiligung an diesen Demonstrationen aufforderten. Hätten die Führer der Demonstranten sich darauf beschränkt, objektiv über die Ursachen der heutigen Teuerung und der Schwierigkeiten der Warenbeschaffung zu referieren, resp. referieren zu lassen, wie dies z. B. die Arbeiterunion Luzern in Verbindung mit dem dortigen Konsumverein ankündigte, so wären wir diesen Bestrebungen nicht hindernd in den Weg getreten, sondern hätten solche noch gefördert, wie wir ja auch im verflossenen Winter öfters nicht nur auf Ansuchen von Konsumvereinen, sondern auch auf Ansuchen von Arbeiterunionen Referenten über diese Fragen abgeordnet haben und auch in der Teuerungsperiode 1911/12 dies getan haben. Daß wir mit unserer Stellungnahme ausnahmsweise die Billigung von einer anderen Seite der Presse gefunden haben, als sonst üblich, ist kein Beweis dafür, dass wir einen Fehler gemacht haben. Wir nehmen unseren Standpunkt ein, nicht um damit von der Presse der einen oder anderen Seite gute Noten zu erhalten, sondern sind einzig vom Bestreben um das allgemeine Wohl geleitet. Bringt uns diese Stellungnahme auch einmal zustimmende Notiznahme seitens der uns sonst gegnerischen Presse, so können wir das nicht hindern. Wir können unsere sachliche Stellungnahme nicht von den parteipolitischen Tendenzen der verschiedenen Pressorgane beeinflussen lassen, und wenn unser J. H.-Mitarbeiter glaubt, dass ausser denjenigen, die für die Teuerungsdemonstrationen waren, es keine eifrigen, überzeugten und treuen Anhänger der Genossenschaftsbewegung gäbe, so befindet er sich entschieden auf dem Holzwege. Wir sind überzeugt, dass, wenn wir eine Enquête bei unseren Verbandsvereinen über die Stellungnahme pro oder kontra Teuerungsdemonstrationen veranstalten würden, die erdrückende Mehrheit unseren Standpunkt billigen würde. Den Vorwurf, unseren eigenen Anhängern in den Rücken geschossen zu haben und solche direkt verraten zu haben, lehnen wir mit aller Entschiedenheit ab.

* * *

Die zweite Korrespondenz vom Sekretär der Liga zur Verbilligung der Lebenshaltung schliessen wir hier nun an.

Teuerungsdemonstrationen und Konsumgenossenschaften. J. L. Die Arbeiterschaft verschiedener Orte hat mit verschiedenem Erfolge Teuerungsdemonstrationen veranstaltet. An kleinen Orten zählten die Versammlungen in die Tausende, in Zürich kamen kaum 1000 Mann auf den Platz[1]). Da und dort haben auch Konsumgenossenschaften zu diesen Demonstrationen mit eingeladen. Die Verwaltungskommission des Verbandes schweizerischer Konsumvereine hat sich nun gegen diese Demonstrationen gewendet und die Organe des Verbandes haben in ziemlich scharfer Sprache gegen diese Veranstaltungen geschrieben. Man muss sich nicht verhehlen, dass die Proteste, die hierauf in der Arbeiterpresse erschienen, nur ein Echo dessen sind, was tatsächlich in den breiten Massen der Arbeiterschaft gesprochen wird. Der Text der Arbeiterpresse entspricht nicht immer den Gedanken der Arbeiterschaft; hier stimmt er mit den Auffassungen überein. Es ist nicht zu bestreiten, dass daher der Verband schweiz. Konsumvereine bezw. die Verwaltungskommission sich mit einer grossen Anzahl von Genossenschaftern, vielleicht mit ihrer Mehrheit — die nicht zu verwechseln ist mit der Mehrheit der Verwaltungen — in Widerspruch gesetzt hat. Die bitteren Worte hüben und drüben sind nach der Ansicht des Schreibenden einem Missverständnis zu verdanken, das leicht beseitigt werden kann, das aber durch die Aeusserungen der Verbandsleitung auf die Zuschrift von Herrn Johannes Huber in Rorschach eher noch verschärft werden dürfte. Der Schreibende kennt die Auffassungen der [2]) Arbeiter und Arbeiterführer in der Frage der Demonstrationen gegen die Teuerung; er ist auch orientiert über die Auffassungen, die im Verbande schweiz. Konsumvereine herrschen und

Anmerkungen der Redaktion. [1]) Wie zuverlässig die Angaben über die Teilnehmerzahl an solchen Versammlungen sind, mag daraus hervorgehen, dass anderen Ortes an Stelle dieser kaum 1000 Teilnehmer deren 9000 gemeldet wurden. [2]) Ist „der" gleichbedeutend mit „aller"? Das wäre wohl etwas viel behauptet.

hat sich aus beiden heraus eine eigene Auffassung gebildet, die er sich gestattet, hier vorzutragen, in der Hoffnung, unnötige Missverständnisse zu beseitigen, ohne über Gegensätze hinwegzutäuschen.

In Kreisen der Arbeiterführer selbst herrschen zwei Meinungen über die Teuerungsdemonstrationen. Eine Meinung ist die, dass diese Veranstaltungen gegen die Teuerung keinen praktischen Wert haben und lediglich von propagandistischer Bedeutung seien. Andere messen ihnen wirklich einen Wert bei; es gibt Leute, die glauben, der Bundesrat könnte mehr tun gegen die Lebensmittelteuerung. Und zwar in zwei Richtungen: durch Einwirkung auf die Marktlage und die Preise und durch Notstandsunterstützungen (Preisausgleich im Sinne der holländischen Massnahmen). Es herrschen auch zwei Meinungen in bezug auf die Berechtigung der Vorwürfe gegen die Landwirtschaft. Eine Richtung hält die Teuerung als etwas Selbstverständliches. Die andere empört sich dagegen, dass gerade in der Zeit der bittersten Not die Landwirtschaft hohe Preise verlange. Also sowohl in politischer, wie wirtschaftlicher Richtung innerhalb der Führerschaft der Arbeiter zwei Ansichten. Bei den Arbeitern selber nur eine, nämlich die, dass der Bundesrat versage und dass die Bauern, gelinde gesprochen, «schlechte Kerle» seien.

Es unterliegt keinem Zweifel, dass der Bundesrat nicht in allen Teilen das getan hat, was er hätte tun können, um die Lebensmittelteuerung zu verhindern. In Kreisen des Bundesrates hat man offensichtlich sich auf eine wirtschaftliche Organisation im Kriegsfall in den letzten zehn Jahren nicht bemüht und es ist eine Tatsache, dass Herr Laur im Anfang des Krieges den Wirtschaftsrat des Bundesrates bildete. Der Bundesrat wurde überrascht, während andere Regierungen auf diesen zu erwartenden Fall gerüstet waren. Das wird niemand bestreiten können und bestreiten wollen. Diesen Vorwurf muss der Bundesrat auf sich nehmen, auch jene Mitglieder leiden darunter, die früher nicht die Gelegenheit hatten, etwas in dieser Richtung zu tun, weil sie nicht im Bundesrat waren. Einen Oekonomen haben wir ja überhaupt nicht im Bundesrat. Dass unter diesen Umständen Fehler gemacht wurden, d i e j e d e r a n d e r e a u c h g e m a c h t h ä t t e, gesteht auch die Verwaltungskommission des V. S. K. ein. Solche Fehler werden eben im politischen Leben von den Minderheitsparteien und vor allem von der sozialdemokratischen Partei ausgebeutet, ja sogar vielleicht übertrieben. A b e r k ü m m e r t d a s d i e V e r w a l t u n g s k o m m i s s i o n i r g e n d e t w a s? Sie ist doch kein Kuratorium für irgend eine Partei und fusst mit Recht auf dem Grundsatze a b s o l u t e r N e u t r a l i t ä t in politischen Angelegenheiten. Soweit also bei diesen Demonstrationen politische Vorwürfe ergingen, soweit die Behörden angegriffen wurden, berührte das den V. S. K. überhaupt nicht. Nun haben aber auch e i n z e l n e G e n o s s e n s c h a f t e n zu diesen Demonstrationen eingeladen. So viel ich die Verfassung des V. S. K. kenne, ist die einzelne Genossenschaft in ihren Entschliessungen in dieser Richtung frei. Wenn die Verwaltungskommission des V. S. K. wollte, dass i h r e parteipolitische Neutralität in dieser Frage nicht angetastet werde, so hätte eine einfache Erklärung durchaus genügt, dass s i e an diesen Demonstrationen nicht beteiligt sei. Das hätte vielleicht auch in Bern genügt, um das Wohlwollen, das tatsächlich im Volkswirtschaftsdepartement für den Verband schweiz. Konsumvereine vorhanden ist, zu erhalten. Wenn der Bundesrat oder dieses Departement wegen der Teilnahme einzelner Genossenschaften an den Demonstrationen dem V. S. K. dieses Wohlwollen entzogen hätte, dann hätte der V. S. K. allen Grund gehabt, energisch in Bern zu reklamieren, weil er für die Handlungen einzelner seiner Glieder nicht verantwortlich ist.

Und nun die w i r t s c h a f t l i c h e Seite der Demonstrationen, der Burgfriede mit den Bauern. Der V. S. K. stand den Demonstrationen fern. Die Partei, welche diese Demonstrationen veranstaltet, hat mit ihnen keinen Burgfrieden abgeschlossen. Der V. S. K. kann, so viel ich orientiert bin, den einzelnen Genossenschaften auch keinen Burgfrieden diktieren und er wird das auch nicht wollen. Auch hier hätte, wenn man sich vor den Vorwürfen wahren wollte, eine einfache, kurze Erklärung genügt. In Kreisen der Konsumenten herrschen natürlich jene Meinungen vor, die an eine Wucherei der Bauern glauben. [1]) Wessen Aufgabe ist es, sich gegen diese Vorwürfe zu wahren? Offenbar doch A u f g a b e d e r B a u e r n selber. Herr Laur wehrt sich gewiss seiner Haut zur Genüge und hätte des Sukkurses nicht bedurft. Er wird erfreut sein von der Noblesse des V. S. K., er wird sie aber nicht mit gleicher Noblesse vergelten. Oeffnen wir die Augen! Wir sehen in der Tagespresse und ringsum eine ganz zielbewusste und offenkundige Agitation für die Protektionspolitik, für die nationale Abschliessung unserer Wirtschaft, sofern das dem Interesse der Landwirtschaft entspricht. Trotz des «Burgfriedens» agitieren die Bauernorgane und die Bauernsekretäre gross und klein gegen unsere Interessen. Ja, sie machen uns offen Vorwürfe. Agitationsbroschüren für den Schutzzoll werden in Zehntausenden auf den Markt der Meinungen geworfen, überall wird gepredigt, wie auf den Bauern der Staat beruhe, wie er ohne sie zu Grunde ginge, wie die Konsumenten selbst Schuld seien an den hohen Preisen, welche Opfer die Landwirtschaft bringe usw. D e r B u r g f r i e d e i m W o r t w i r d n i c h t g e h a l t e n. War der Burgfriede des V. S. K., der im Beschlusse des Aufsichtsrates gefordert wird, denn eigentlich so zu verstehen, dass man sich nun gegen die bäuerliche Agitation nicht wehren solle? Keineswegs. Dort war nur die Rede von f r i e d l i c h e n G e s c h ä f t s a b s c h l ü s s e n. Diese wurden eingegangen. Dass der V. S. K. nach diesen Abschlüssen keine Vorwürfe über Wuchereien erheben kann und darf, versteht sich von selbst und man könnte ihn der Inkonsequenz zeihen, wenn er das täte oder wenn er sich mit Bewegungen identifizierte, die solche Vorwürfe erheben. Soweit verstehen wir den V. S. K. vollständig und glauben ihn mit Recht und zufolge der Teilnahme einzelner Genossenschaften auch zu einer Erklärung berechtigt. Aber die Erklärung, welche erging, musste (?) bei den Konsumenten den Eindruck erwecken, dass der VSK eigentlich ganz froh sei, dass alles so teuer werde und dass man nur ruhig und zufrieden sein solle. Diese Meinung herrscht nun nach meinen Wahrnehmungen in der Verwaltungskommission nicht. Die Erklärung sollte auch nicht diese Meinung haben. A b e r s i e w u r d e t a t s ä c h l i c h s o a u f g e f a s s t. Was wurde damit erreicht? Nicht etwa eine Beruhigung der Konsumenten, sondern vielmehr wurde ein gewisses Misstrauen bestärkt,

Anmerkung der Redaktion. [1]) Auch hier möchten wir bezweifeln, dass wirklich die Mehrheit der Konsumenten dieser Auffassung sei.

dass die Konsumgenossenschaften bei den Preissteigerungen eigentlich mit unter der Decke stecken, dass sie «versagen». Die grosse Mehrzahl der Konsumenten denkt eben nicht über die Nase hinaus und der Effekt der Erklärung, die erging, war bestimmt im grossen und ganzen dieser.

Es ist durchaus richtig, dass gerade wegen der Urteilslosigkeit der Leute in diesen Demonstrationsversammlungen auch sehr leicht unrichtige Behauptungen aufgestellt werden können und dass richtige Behauptungen falsch verstanden werden. Das mögen aber die verantworten, welche die Demonstrationen veranstalten und welche die Reden halten. Der Schreibende möchte nicht die Verantwortung tragen für alles, was gesagt wird und noch weniger für alles, was die Leute nach dem Gesagten für möglich halten. Aber im grossen und ganzen hat er den Eindruck, dass diese Bewegung den Konsumgenossenschaften nichts geschadet hätte. Die Leute erfuhren bei diesem Anlass, dass diese nicht alles tun können und die unleidlichen und geradezu blöden Schimpfereien, die man zuweilen über die Konsumgenossenschaften hören kann, wären in einen andern Bach gelenkt worden. Wohin er fliesst, kümmert das die Genossenschaften in einer Zeit, wo trotz schönstem Patriotismus eben jeder für sich schauen muss?

Ich begreife es durchaus, dass Männer, die seit zehn Monaten im Kampf mit argen Widerständen stehen, die gesehen haben, wie viele Seiten jede Sache hat, die eine Organisation führen, die über den Parteien stehen muss, empfindlich sind für viele unrichtige Behauptungen über die Dinge, mit denen sie zu tun haben. Sie sehen schärfer in die Zusammenhänge hinein. Aber sie sollten gerade deswegen über Fehler anderer leichter hinwegsehen können, sofern sie nicht angegriffen werden. Und weder direkt, noch indirekt richteten sich die Teuerungsdemonstrationen gegen die Genossenschaftsbewegung. Ich glaube, sie hätten ihr sogar nützen können.

Alles in allem: Die Verwaltungskommission des V. S. K. war entschieden zu einer Erklärung berechtigt. Wäre diese in knappen Worten erfolgt, so hätte sich niemand an ihr gestossen. Die Form eines Protestes gegen die Veranstaltungen war aber aus grundsätzlichen und taktischen Gründen dazu angetan, Angriffe zu provozieren, die sonst keine Berechtigung gehabt hätten.

* * *

Diese Ausführungen sind eher vom Bestreben geleitet, das Vorgehen der V. K. zu begreifen, als wie die J. H.-Ausführungen. Herr Lorenz plaidiert mehr oder weniger für die V. K. für mildernde Umstände. Wir danken ihm für seine wohlwollende Gesinnung, müssen aber die mildernden Umstände ablehnen; da wir uns keiner Schuld bewusst sind, brauchen wir auch nicht mildernde Umstände anzurufen.

Herr Lorenz verlegt das Hauptgewicht seiner Ausführungen eigentlich darauf, die Verbandsleitung sei nicht verantwortlich für das, was die Verbandsvereine in wirtschaftspolitischen Fragen tun und könne deshalb unter allen Umständen die Verantwortung für allfällige Fehler, die von diesen Verbandsvereinen begangen werden, ablehnen. Das ist bis zu einem gewissen Grade richtig. Irgend eine Kompetenz, die Verbandsvereine zu einer Demonstration zu zwingen, oder von derselben abzuhalten, steht der Verbandsleitung nicht zu, *wohl aber hat sie das Recht und in bestimmten Fällen auch die Pflicht, den Verbandsvereinen ihre Ansicht über wirtschaftspolitische Fragen zur Kenntnis zu bringen.* Die Verbandsvereine haben dann immer noch das Recht, zu tun, was ihnen gut dünkt.

Unseres Wissens sind diese Teuerungsdemonstrationen auch nicht überall von den Generalversammlungen der verschiedenen Gewerkschaften und politischen Parteien beschlossen worden, sondern von mehr oder weniger zahlreich zusammengesetzten *Vorständen* von Arbeiterunionen oder sonstigen Organisationen. So wenig wir den Standpunkt vertreten, dass nun diese *Vorstandsmitglieder* nicht kompetent gewesen seien, Versammlungen einzuberufen, so wenig lassen wir uns die Kompetenz bestreiten, in unserer Presse unsere Auffassung über wirtschaftspolitische Aktionen — denn um eine wirtschaftspolitische und nicht um eine parteipolitische Frage handelt es sich — kundzugeben. Auffallen muss uns das Bestreben des J. L.-Mitarbeiters, der Verbandsleitung jegliche Kompetenz und Verpflichtung, in wirtschaftspolitischen Fragen Stellung zu nehmen, abzusprechen. Das widerspricht doch geradezu den Tendenzen, die auf eine Stärkung auch der wirtschaftspolitischen Situation der organisierten Konsumenten gerichtet sind. Letztere könnten entschieden auch wirtschaftspolitisch noch viel mehr Erfolge erzielen, wenn sie so straff organisiert wären, wie dies z. B. die schweizerischen Landwirte sind. Unsere Schwäche besteht eben gerade darin, dass wir bis zu einem gewissen Grade die uns angeschlossenen Organisationen nur moralisch beeinflussen und nicht verbindliche Verträge abschliessen können. Diese Schwäche hat sich z. B. gerade bei den Verhandlungen mit Dr. Laur über die Milchlieferungs- und Schlachtviehlieferungsverträge gezeigt. Nun kommt ausgesprochenermassen ein Führer unserer Bewegung und will uns unsere Kompetenz nach dieser Richtung hin verweigern, resp. noch mehr zurückschneiden. Wie sollen dann die Konsumenten den stark organisierten Produzenten gegenüber einmal ihre Rechte wahren können, wenn der Zentralleitung der ersteren nicht einmal mehr das Recht zur Ansichtsäusserung, geschweige denn zu weiteren bindenden Abmachungen zuerkannt werden sollte? Sollen wir, da wir in die heutigen Verhältnisse vielleicht den weitaus tieferen Einblick haben, als die Führer der Demonstranten, wenn wir auch zurzeit noch nicht alles an die grosse Glocke hängen können, was geschehen ist, uns mit unserer Meinungsäusserung bescheiden und nicht einmal den Mitgliedern unserer Verbandsvereine einen bescheidenen Rat erteilen dürfen, wo sie uns doch in wichtigeren Angelegenheiten volles Zutrauen entgegenbringen und uns die Geschäftsführung einer so wichtigen Organisation, wie der V. S. K. übertragen haben? Das wird auch Herr Lorenz nicht wollen und wird bei genauerer Ueberlegung uns entweder ohne mildernde Umstände verurteilen oder freisprechen müssen.

Wir glauben, dass die ganze Angelegenheit deshalb eine solche Ueberraschung und zum Teil auch Opposition ausgelöst hat, weil wir in diesem Falle gegen eine von einem Teil der sozialdemokratischen Partei ausgehende Aktion Stellung genommen haben, und zwar deshalb, weil diese Opponenten sich nicht vorstellen können, dass die Konsumgenossenschaftsbewegung als neutrale Bewegung mit keiner politischen Partei durch Dick und

Dünn gehen kann. Das, was heute der sozialdemokratischen Partei passiert ist, ist früher anderen politischen Parteien gegenüber schon wiederholt vorgekommen, wir erinnern nur an den Kampf um den Zolltarif, den Zweiliter-Artikel, das Lebensmittelpolizeigesetz, wo wir auch Stellung gegen die Parole anderer Parteien nehmen mussten. Die diesen Parteien angehörenden Mitglieder unserer Bewegung kamen dabei vielleicht auch in einen Gewissenskonflikt; sie haben jedoch mit wenigen Ausnahmen die Berechtigung unserer selbständigen Stellungnahme anerkannt, und sich, ohne uns Verrat vorzuwerfen, in diese Lage gefunden.

Wenn die gegenwärtige Auseinandersetzung dazu beitragen kann, einen weiteren Beweis für die Unabhängigkeit und Selbständigkeit unserer Bewegung den politischen Parteien gegenüber zu liefern, so war sie trotzdem nicht umsonst.



An die falsche Adresse richtet sich der D.-Korrespondent in der Mai-Nummer des «Schweiz. Rabattverbandes» mit seiner Richtigstellung. Nicht wir haben behauptet in Münsingen seien 22 Spezereihandlungen, sondern die Kollegen vom «Spezereihandel», und die müssen es doch wissen. Aber auch bei 17 Geschäften gibt es noch etliche, die zu den «viel zu vielen» zu rechnen sind. Und vor allem, wenn die Mehrzahl der Händler nur nebenbei Spezereiwaren vermitteln, so stimmen unsere Schlussausführungen, die der wahrheitsliebende Herr Dumser einfach unterschlägt, eben doch. Wer «nur nebenbei» mit Spezereiwaren handelt, der ist gezwungen, die einzelnen Warengattungen in derart kleinen Quantitäten einzukaufen, dass zum Schaden der Konsumenten die höchsten Ankaufspreise angelegt werden müssen.

Dass unsere Rechnung doch stimmt, beweist eben die Gründung des Konsumvereins, die der Initiative der Münsinger selbst entsprungen ist. Von einer groben Beleidigung der Spezereihändler kann keine Rede sein, die existiert allein in der Phantasie des Herrn Dumser.



Tabaksteuer oder Tabakmonopol?

Bekanntlich machen die Tabak- und Zigarrendetaillanten gegen das geplante Tabakmonopol energisch Front. Da sie aber einsehen, dass der Tabak auf irgend eine Weise bluten muss, um die grossen laufenden und noch zu gewärtigenden Defizite unserer eidgenössischen Staatsrechnung zum Teil zu decken, machen sie energisch für eine Tabaksteuer Propaganda. Wenn man bedenkt, dass der Entwurf Milliet-Frey für das Tabakmonopol dem Zwischenhandel nur **10%** Vergütung für seine Arbeit bewilligen will — durch Konzentration der Einkäufe, die allerdings auch wieder einige Prozent Kosten verursachen wird, kann diese Verdienstmarge bis maximal 19% gesteigert werden — und dass die heutige Differenz zwischen Ein- und Verkaufspreis bedeutend höher ist, kann man diese Opposition der Interessenten gegen das Tabakmonopol wohl begreifen. Auf jeden Fall jedoch haben wir Konsumenten gegen eine Tabaksteuer entschieden Stellung zu nehmen, denn durch eine Tabaksteuer wird das Produkt nicht nur um die Steuer, sondern um einen bedeutend höheren Betrag verteuert. Die Detailverkaufspreise werden nämlich gewöhnlich durch einen prozentualen Zuschlag zum Einkaufspreis berechnet, der bis vor kurzem mindestens 30% betrug.

Die Wirkung einer Tabaksteuer wird deshalb die sein, dass der Konsument in Zukunft die Tabakfabrikate nicht nur um eine Steuer, sondern um mindestens $1^3/_{10}$ Steuer verteuert bezahlen muss. Das werden auch die Befürworter einer Tabaksteuer aus dem Lager der Tabakdetaillanten zugeben müssen; sonst wenn sie das bestreiten wollten, wären sie schlechte Strategen; sie haben nämlich erst dieser Tage dem konsumierenden Publikum bewiesen, dass jede Preiserhöhung des Produzenten vom Detaillisten verdoppelt auf den Konsumenten abgeladen wird und zwar anlässlich der am 10. Mai 1914 von den schweizerischen Boutsfabrikanten vorgenommenen Preiserhöhung. Bisher kosteten z. B. Bouts guter Qualität 38 Fr. das Doppeltausend, der Verkaufspreis war 50 Fr., also mit einem Zuschlag von etwas über 31%, in Zukunft kostet die gleiche Qualität Fr. 43.—; der Detailhandel verdoppelt nun jedoch den Zuschlag und verlangt statt 55 Fr. nun 60 Fr., arbeitet also nun mit einem Zuschlag von **39,5%**. Auch eine Reihe von Konsumvereinen haben diese neuen Preise akzeptiert; bei diesen fällt jedoch der Mehrerlös wieder an die Konsumenten; bei den Zigarrendetaillanten fällt er jedoch in deren eigene Tasche.

Nach diesem Beispiel kann man sich nun vorstellen, wie die von dieser Seite verlangte Tabaksteuer verdoppelt auf die Preise geschlagen würde.



Die Leute vom „Schweizer. Wirtschaftlichen Volksblatt“ sind immer noch hinter dem Monde zu Hause. Sie hören nichts und lernen nichts!

Während der letzten Monate haben bekanntlich die Konsumvereine bei der obersten Landesbehörde uneingeschränkte Anerkennung gefunden, für die grossen Dienste, die sie in der schweren Kriegszeit der nationalen Wirtschaft geleistet haben und noch leisten.

Diese erfreuliche Tatsache konstatieren wir nicht nur in der Schweiz, sondern auch in andern Ländern.

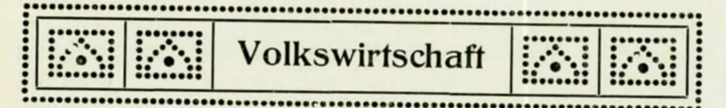
In Deutschland wurden z. B. — was ebenfalls mit den wertvollen Leistungen der Konsumvereine zusammenhängt — durch die verschiedenen Regierungsstellen die reaktionären Bestimmungen, welche den Beamten gewisser Dienstkreise untersagten, den Konsumvereinen als Mitglieder anzugehören, **ausdrücklich aufgehoben.**

Dem «Schweiz. Wirtschaftlichen Volksblatt» blieb es vorbehalten, sich in seiner Nummer vom 20. Juni neuerdings an den «hohen Bundesbeamten» zu reiben, die sich zur Fahne der genossenschaftlichen Selbsthilfe bekennen, und es meint «gedankentief»: «Es wird endlich Zeit, gewisse Leute aus ihrer Suggestion wach zu rütteln».

Herr Olivier hat mit seiner Propaganda wie es scheint Schule gemacht, denn wie wir der Presse

entnehmen, sollen die schweiz. Spezereihändler eine Eingabe vorbereiten, welche das Verbot des Eintrittes von Beamten in die Konsumvereine postuliert.

Die schweizerischen Beamten jedoch, die in der konsumgenossenschaftlichen Organisation ihren Vorteil erkannt haben, die lassen sich von Profithändlern keine Vorschriften machen und nehmen von dieser Seite auch keine «Belehrungsversuche» an. Der Beamtenstand ist mündig, und damit Punktum.



Volkswirtschaft

Die Zolleinnahmen im Monat Mai 1915 betrugen Fr. 4,882,800 gegenüber Fr. 6,693,391 während der gleichen Zeitperiode des Vorjahres. Die Verminderung beträgt Fr. 1,810,590.

Vom 1. Januar bis 1. Juni 1914 erreichten die Zolleinnahmen die Höhe von Fr. 32,938,266; in der nämlichen Zeitspanne 1915 dagegen nur 23,069,794 Franken. Die Verminderung der Zolleinnahmen während der ersten fünf Monate im Jahre 1915 beträgt Fr. 9,868,472.

Teuerung und hohe Lebensmittelpreise in England. Das britische Inselreich mit seinem unermesslich grossen Kolonialbesitz gebietet über die mächtigste Handels- und Kriegsflotte; sämtliche Zufahrtsstrassen stehen ihm offen, und dennoch herrscht auch in England Teuerung, klagen die arbeitenden Klassen über hohe Preise.

Ueber die wirtschaftliche Lage in England orientiert ausgezeichnet ein Londoner Brief vom 12. Juni an die «Züricher Post», der auch für die Leser des «Schweiz. Konsum-Verein» nicht ohne Interesse sein mag. Wichtig für uns ist u. a. zu vernehmen, dass auch in England die Preissteigerungen «nur zum kleinen Teil» durch Spekulationen verursacht worden sind. Den eigentlichen Herd der Preiserhöhungen haben wir in natürlichen Wirtschaftsvorgängen zu suchen, vor allem in der kolossalen Nachfrage, wogegen keine Macht der Welt während der Kriegswirren etwas auszurichten vermag.

Die Verhältnisse in der Schweiz sind das getreue Spiegelbild der momentanen Lage sämtlicher Staaten Europas, seien sie nun an dem Völkerringen direkt oder nur indirekt beteiligt.

Der interessante Brief des J. H. S.-Korrespondenten der «Züricher Post» hat folgenden Wortlaut:

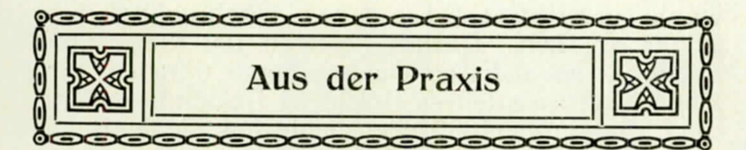
Durch die Flucht der Bevölkerung vom Lande und die Konzentration der Arbeitskräfte in den Städten verringerte sich die Möglichkeit der Selbsterhaltung für England von Jahr zu Jahr. Die Auswanderung junger Leute nach den Kolonien trug ebenfalls viel dazu bei, dass grosse Landstrecken unbebaut blieben und sich nunmehr in den Händen von Grossgrundbesitzern befinden, die sie zum Sport oder als Weiden benützen. Die Ernährung der Bevölkerung Grossbritanniens ist der schwache Punkt im wirtschaftlichen Leben des Königreichs. Diese Tatsache wurde aber stets als unbedeutend dargestellt, da die grosse Flotte für stark genug erklärt wurde, zu jeder Zeit die nötige Zufuhr an Lebensmitteln ermöglichen zu können. Der europäische Krieg zeigte in der Tat, dass die feindlichen Kriegsfahrzeuge die englische Schiffahrt nicht lange gefährden konnten. Selbst die Unterseebootaktion von Seiten Deutschlands kann die Verschiffung von Nahrungsmitteln von den Kolonien nicht dermassen beeinträchtigen, dass sich infolgedessen ein Mangel einstellen würde. Die Zufuhr ist somit gesichert. Dies kann jedoch nicht verhindern, dass eine grosse Teuerung eingetreten ist. Alle Lebensmittel haben noch nie dagewesene Preise erreicht und für manche Schichten der Bevölkerung sind sie beinahe unerschwinglich geworden. Ein deutliches Bild von den hohen Preisen gibt Sir Joseph Lyons, Direktor der bekannten Firma J. Lyons and Co. Ltd., der erklärt, dass im Durchschnitt die Lebensmittel um **45** Prozent gestiegen sind. Mehl kostet diesem Unternehmen 71 Prozent mehr als im Vorjahr, Butter 24 Prozent, Fleisch 30 Prozent, Tee 25 Prozent und Zucker 88 Prozent. Wenn man bedenkt, dass dieses grosse Geschäft Engros-Preise bezahlt, so kann man sich leicht vorstellen, was Private auslegen müssen, um leben zu können. Aus der Rede von Runcimann im Parlament erfährt man, dass England beinahe vor einem Weizenmangel gestanden hatte, da Australien infolge einer Missernte als Käufer am Markte erschien und der argentinische Weizen, der sonst England zugute kommt, von diesem Dominion zum grössten Teil aufgegriffen wurde. Das trieb die Preise rasch in die Höhe. Englischer Weizen, der im Dezember 1914 45 Schillinge per Viertel galt, kostete im Januar 1915 52 Schillinge und 3 Pence. Importierter Weizen kostete im Dezember 1914 51 Schillinge per Viertel und stieg im Januar auf 63 Schillinge. Im Mai stand Weizen englischer Herkunft auf 60 Schillinge 7 Pence und importierter Weizen 73 Schillinge. Es ist nur zum kleinen Teil die Spekulation, die diese Preissteigerung erzeugt hat. Mehr beeinflusste die allgemeine Nachfrage von allen alliierten und neutralen Staaten die Preise. Da nun aber gute Ernteberichte von den verschiedenen überseeischen weizenbauenden Ländern hereinkommen und die Dardanellen bald die Verschiffung russischen Weizens ermöglichen werden, glaubt man in Regierungskreisen, dass der kritische Moment überstanden ist, und die Preise für Weizen scheinen auch wirklich im Sinken begriffen zu sein. Um vorzusorgen, hat England die ganze indische Weizenernte angekauft, in der Hoffnung, damit den Markt regulieren zu können. Unterdessen aber fühlt der arme Mann im Lande die hohen Brotpreise sehr, was mit eine Ursache der grossen Unzufriedenheit unter der Arbeiterbevölkerung ist.

Auch das Fleisch ist, besonders infolge der grossen Anforderungen der alliierten Truppen, sehr im Preis gestiegen. Englisches Rindfleisch hat eine Steigerung von 50 Prozent erfahren, während gefrorenes Fleisch jetzt mehr als 100 Prozent über dem Preis des letzten Jahres steht. Diese hohen Preise finden ihre Erklärung in einer Mitteilung von William Payne, dem Sekretär des Vereins der Fleischhändler. Er teilt mit, dass Grossbritannien für seine militärischen Bedürfnisse und die der Alliierten alles Rind- und Schaffleisch in Australien und Neuseeland aufgekauft hat, und nur was übrig bleibt, gelangt an die Zivilbevölkerung. Sodann herrscht Mangel an englischem Schlachtvieh, da seit Monaten alle jungen Tiere geschlachtet worden sind, da gute Preise dafür erhältlich waren. Da nach dem Gesetz kein lebendes Vieh eingeführt werden darf, kann von dieser Seite keine Aenderung der Zustände erwartet werden, es sei denn, dass das Gesetz ausser Kraft gesetzt würde. Ueberdies fehlt es an Schiffen,

um gefrorenes Fleisch nach Grossbritannien zu versenden, da die Regierung beinahe alle Fahrzeuge mit Kalträumen requiriert hat, um für ihre Truppen das nötige Fleisch erhalten zu können. Nun aber herrscht nicht nur eine Teuerung auf dem Fleischmarkt, sondern es besteht eine wirkliche Fleischnot. Die Regierung sah sich gezwungen, in einem Appell an die Bevölkerung zur grössten Sparsamkeit im Fleischgenuss aufzufordern, da für die nächste Zeit keine Aussicht zur Hebung dieses Mangels vorhanden ist.

Glücklicherweise ist die Gemüseversorgung infolge der günstigen Witterung zufriedenstellend und die Preise sind mässig. Das zehrende englische Klima aber macht Fleisch zu einem notwendigen Nahrungsmittel, und so wird der herrschende Mangel kaum ohne Einfluss auf die Arbeitskraft der Bevölkerung bleiben. Wer sich mit Gemüse nicht zufrieden gibt, versucht Eierspeisen. Die dadurch verursachte grosse Nachfrage nach Eiern bringt auch diese Preise zum Steigen. So stehen die Eier nunmehr 2 bis 3 Schillinge per 10 Dutzend höher als vor einem Jahre. Man kann nun die Frage aufwerfen, warum England als Inselreich sich nicht von Fischen ernährt. Nun hat sich aber auch der Ertrag der Fischerei bedeutend verringert. Die Preise sind auch da nicht unerheblich gestiegen. Das Quantum von Fischen, das täglich auf den Markt kommt, steht meistens ungefähr 200 Tonnen hinter dem des letzten Jahres zurück. Die Preisdifferenz zwischen 1914 und 1915 schwankt je nach der Fischart zwischen 50 und 75 Prozent. Dieser Rückgang in der Fischerei rührt von dem Mangel an Fischern her, die gegenwärtig grösstenteils in der Marine dienen. Ausserdem sind viele Fischerboote von der Regierung für militärische Zwecke gemietet worden. Die Versenkung von Fahrzeugen durch deutsche Unterseeboote hat ebenfalls einen nachteiligen Einfluss auf die Fischversorgung.

Nimmt man alles in allem, so ergibt sich, dass keines der nötigen Nahrungsmittel zu gewöhnlichen Preisen und in genügender Menge vorhanden ist. Die Preissteigerung ist die natürliche Folge des allgemeinen Mangels und der ungeschwächten Nachfrage. Es wird von allen Seiten zur Einschränkung aufgefordert. Wie die Forderungen für Teuerungszulagen unter den Arbeitern aber zeigen, will die Bevölkerung bei ihrer alten Lebensweise bleiben, und sollte der Krieg, wie es den Anschein hat, noch lange dauern, so könnte sich die Situation noch sehr schwierig gestalten.



Vorschriften über Behandlung von Käse und Butter. Für Käse aller Art ist es zur Erhaltung der ursprünglichen Qualität und Frischheit notwendig, dass dieser Artikel auch in den Verkaufsläden mit möglichster Sorgfalt behandelt wird.

Insbesondere ist dort folgendes zu beachten:

1. Emmenthaler ist auf ganz sauberer Unterlage und so auszustellen, dass er sich appetitlich und vorteilhaft präsentiert; die Schnittflächen sind möglichst ausgeebnet, nicht verunstaltet zu erhalten und in Pausen des Verkaufes stets mit reinen, feuchten Tüchlein, die extra hiezu geliefert werden, zu umwickeln, resp. zu decken.
2. Aehnliche Vorsicht ist bei Holländer und Tilsiter anzuwenden.
3. Münster, Limburger, Romadur und dergleichen sind unausgesetzt in der Originalverpackung (Pergamentwickel) zu erhalten.
4. Vorräte in diesen Käsesorten (Emmenthaler, Holländer, Tilsiter, Münster, Limburger und Romadur) sind nie der Ofenhitze auszusetzen und müssen, soweit der Verkauf nicht Abschnitte im Laden selbst erfordert, an zugwindfreier, kühler Stelle, wenn möglich im Käsezuber zugedeckt, vor Mäusen geschützt, aufbewahrt werden.
5. Auch im Käsezuber ist jede Sorte für sich besonders eingewickelt aufzubewahren, namentlich gilt dies für Anschnitte, von Emmenthal. Beschädigte Ware und Weichkäse (Limburger, Romadur, Münster und Tilsiter) sind nicht aufund durcheinander mit andern Sorten, sondern je in getrennten Abteilungen aufzubewahren. Die Käsezuber sind stets pünktlich rein zu halten.
6. Reibkäse und Schabzíger sind zu jeder Zeit an möglichst trockener Stelle aufzubewahren.
7. Im Laden sind von allen verkäuflichen Sorten Abschnitte an möglichst sichtbarer Stelle und soweit tunlich mit aufgesteckten Preisschildern bereit zu halten.
8. Mit jeder Bestellung ist das ungefähr gewünschte Quantum anzugeben, das auf den Bedarf von einigen Tagen, höchstens einer Woche zu berechnen ist, sodass nie grosse Vorräte im Laden lagern müssen.
9. Die Käse und Butterbestellungen sind von den Verkäuferinnen jeweilen am Vorabend einzureichen.
10. In der wärmeren Jahreszeit ist aller Vorrat von Tafel- und Kochbutter im Eiskasten aufzubewahren.
11. Die Käsetücher sind wöchentlich mindestens einmal im heissen Wasser gründlich auszuwaschen.
12. Die Käsebehälter und die Unterlagen der Käse sind stets ganz sauber zu halten.
13. Das Verkaufspersonal wird insbesondere ermahnt: Die eingehenden Milchgefässe, Häfen, Kesseli etc. auf ihre Reinlichkeit zu prüfen. Unsaubere Gefässe müssen an die betreffenden Kunden zurückgewiesen werden.
14. Die Buttertüchli, welche zur Spedition von Stockbutter in den Läden verwendet werden, sind möglichst bald ans Milchgeschäft zurückzuschicken. Als Gegenwert werden diese Tüchlein mit 20 Cts. per Stück berechnet.

Diese Vorschriften sind nicht nur momentan, sondern fortwährend genau zu befolgen.

(Aus den Vorschriften des A. C. V. Basel.)

Verein schweiz. Konsumverwalter

Mitgliederversammlung. Bisheriger Uebung gemäss, tagte der Verein schweiz. Konsumverwalter vor der ordentl. Delegiertenversammlung V. S. K., um über die Traktandenliste der letzteren zu beraten. Die Sitzung begann Samstag, den 12. Juni, nachmittags 2 Uhr im Kasino Montbenon in Lausanne und waren 38 Mitglieder anwesend. Der Verbandsbericht wurde artikelweise der Diskussion unter-

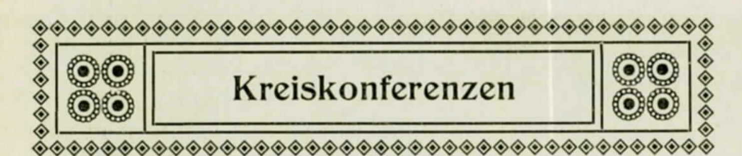
stellt, wobei das Präsidium, Herr Hoffmann in Biel, jeweilen auf die in der Presse geübte Kritik hinwies. Herr Nationalrat Jäggi, Präsident der V. K. V. S. K., gab auf ausdrücklichen Wunsch aus der Mitte der Versammlung auf die kritischen Aeusserungen der im Grütlianer erschienenen Artikel in gewohnter, offener, ehrlicher Art und Weise Auskunft, dabei dem betreffenden Artikelschreiber eine richtige Beurteilung der Verhältnisse vollständig absprechend.

Analog wie in den Kreiskonferenzen, wurde wiederum die hohe Zinsenberechnung zur Kritik herangezogen. Es scheint aber aus der Entgegnung hervorzugehen, dass in nächster Zeit wegen den enormen Summen, die im Auslande für die Lebensmittelversorgung der organisierten Konsumenten investiert sind, eine Erleichterung nicht zu erwarten ist. Immerhin erklärte sich Herr Jäggi bereit, die Angelegenheit, insbesondere diejenige betreffend allzustrenger Handhabung der Valuta einer Prüfung zu unterziehen. Eine Kritik an der Verteilung des Ueberschusses konnte wegen Mangel an nötiger Zeit nicht erschöpfend behandelt werden und wird der Vorstand des Vereins schweiz. Konsumverwalter eine dahingehende Anregung prüfen, die eine Behandlung des Jahresberichtes des V. S. K. an der jeweiligen Frühjahrs-Hauptversammlung wünscht.

Eine lebhafte Diskussion brachte auch die ablehnende Stellungnahme der Verbandspresse zu den Teuerungsdemonstrationen und gaben verschiedene Kollegen dem Gedanken Ausdruck, dass Nichteinmischung der Verbandsbehörden, also streng neutrales Verhalten vorzuziehen gewesen wäre. Wer sich auf den rein wirtschaftlichen Standpunkt stellt, den die Verbandsbehörden zu vertreten haben, muss jedoch ihrer Haltung zustimmen. Unter «Verschiedenem» tadelte ein Mitglied aus der französischen Schweiz das Verhalten grösserer gegenüber kleineren Konsumgenossenschaften, auf Anfragen keine Antwort zu geben, als unkollegialisch; es wäre erwünscht, dass solche Vorkommnisse nicht mehr zu registrieren seien, ansonst man auf Abhülfe drängen müsste.

Trotz dem verhältnismässig schwachen Besuch haben die Aussprachen an der Versammlung manchen unklaren Gedanken zu beseitigen vermocht und darf jenen pflichtvergessenen Mitgliedern, die am Verwalterverein stets die alte Kritik der Untätigkeit und des Mangels an Kollegialität üben, die Sentenz entgegen gehalten werden:

«Jeder Verein wird das sein und leisten, was die Mitglieder aus ihm machen!»



Versammlung der Kreispräsidenten in Lausanne. Auf Initiative des Herrn J. Schmid in Luzern, Präsident des VI. Kreises (Urkantone) hatten sich vorgängig im Kasino die Präsidenten der Verbandskreise zu einer kurzen Besprechung eingefunden. Sämtliche Kreise waren vertreten, ein Zeichen, dass die Anregung des Initianten auf guten Boden gefallen ist. Während den einstündigen Verhandlungen wurde in der Hauptsache über die gemeinsame Tätigkeit in der Propaganda für das Genossenschaftswesen, freie Zusammenkünfte vor den jeweiligen Kreiskonferenzen, betreffend Aufstellung gemeinsamer Thematas, Ausarbeitung von einheitlichen Schemas von Inventuren usw. debattiert. Die betreffenden Vorarbeiten bis zur nächsten gemeinsamen Sitzung wurden den Genossenschaftern J. Schmid in Luzern und H. Hunziker in Rheinfelden übertragen.

Allfällige Anregungen und Beiträge seitens der Kreisvorstände sind dem Herrn Schmid, Lehrer in Luzern, zu unterbreiten. Wir wünschen dieser neuen Vereinigung für das Genossenschaftswesen unsern besten Erfolg. *H. Rh.*



Oesterreich.

Weltkrieg, Preisbewegung und Konsumvereine. Vor kurzem veranstalteten die vier Wiener Arbeiter-Konsumvereine eine Frauenkonferenz, die sich mit allerlei aktuellen Fragen zu beschäftigen hatte, unter anderem auch mit dem Thema: «Warenbeschaffung und Preispolitik im Kriege».

Das einleitende Referat hatte Genossenschafter Menges übernommen, der nach der Monatsschrift «Für unsere Hausmütter» ungefähr folgendes ausführte:

Wir waren das letztemal bei Ausbruch des Krieges beisammen und wenn wir über die Preispolitik ein klares Bild erhalten wollen, so brauchen wir nur die Preise von damals und heute zu vergleichen. Es kosteten:

	im Juli 1914	im Mai 1915
Weizenmehl	per kg 50 Heller	78—120 Heller
Erdäpfel	» 10 »	20 »
Erbsen	» 34 »	140 »
Kochgries	» 33 »	140 »
Zwiebeln	» 19 »	90—100 »
Rangoonreis	» 34 »	150 »
Rollgerste	» 36 »	106 »
Kaffee Santos (roh)	» 130 »	200 »
Speiseöl	» 120 »	200 »
Eier für 2 Kronen	35 bis 36 Stück	12 Stück
Schmalz	per kg 260 Heller	520 Heller (Requisitionspreis).
Spiritus	pro Liter 40—50 Heller	106 Heller
Kernseife	per kg 48 Heller	170 Heller

Nicht allein die Spekulationen der Produzenten und Händler, sondern auch die Geldteuerung verursachten die Verteuerung der Lebenshaltung der grossen Massen. Ein holländischer Gulden wurde bei Kriegsausbruch mit Kr. 1.80 bezahlt, heute gilt er Kr. 2.60. Damals kosteten 100 Kilogramm Kaffee 37 holländische Gulden, heute müssten wir schon wegen des teuren Geldes 52 Gulden bezahlen. Die Lira galt 90—100 Heller, heute 114, die dänische Krone 133 Heller, heute 171.

Die Verteuerung durch die Valuta wird erhöht durch die Frachtteuerung. Ausserdem müssen wir auch ins Ausland das Geld für die Ware im vorhinein schicken. Wenn man in Smyrna Feigen oder Rosinen kaufen will, muss man erst das Geld hinschicken, dann sendet der Türke die Waren ab. Wird das Schiff mit der Ware gekapert, dann tragen wir das Risiko und das Geld und die Ware ist verloren. Ausserdem wissen Sie nie, was für Waren Sie bekommen werden. Man muss nehmen, was kommt, weil man doch im voraus bezahlen muss. Deshalb muss man es nicht nur teuer, sondern oft auch noch schlechter kaufen.

Wenn man für ein Institut, wie unsere Wiener Vereine sind, wöchentlich um 250,000 bis 300,000 Kr. Waren kaufen muss, dann können Sie sich vorstellen, was das unter den heutigen Verhältnissen für eine Mühe und für ein kolossales Risiko ist. Wir hatten vier Waggons Reis in Budapest gekauft und konnten keine Waggons erhalten, um sie nach Wien zu bekommen. Dann erliess die ungarische Regierung die Verordnung, Waren müssen ein Ausfuhrszertifikat haben, sonst dürfen sie nicht ausgeführt werden. Diese Zertifikate stellt ein Komitat zur Ausfuhr nach dem nächsten Komitat aus, so dass jemand von einem Komitat zum anderen fahren muss, um die Ausfuhrzertifikate ständig erneuern zu lassen. Wir mussten einen Angestellten hinunterschicken, und die Spesen haben zum Schluss 1000 Kronen für vier Waggons Reis betragen. Hätten wir den Reis in Budapest verkaufen müssen, so hätten wir viele tausende Kronen verloren. Es blieb uns also nur die eine Möglichkeit, die hohen Spesen zu tragen.

Der Waggonmangel führt zur Verladung in offenen Waggons. Die Ware wird auch auf Risiko des Käufers verladen. Einmal sind uns Erdäpfel erfroren, wir mussten sie wegwerfen, das andere Mal haben 3000 Kilogramm von 15,000 Kilogramm gefehlt. Auch der Zucker wird nur in offenen Waggons verladen. Wenn es regnet, wird er zugrunde gehen. Wir müssen deshalb Holzverschläge anfertigen lassen, von denen einer 40 Kronen kostet. Wir brauchen wöchentlich 20 Waggons Zucker, das sind 800 Kronen für die Holzverschläge, die natürlich nicht vollständig dicht sind. Wir wollten nun Plachen kaufen, da hätte eine 600 Kronen gekostet, das ist nicht zu machen.

Der Fuhrlohn ist von 18 Kr. für eine Fuhre auf 70 Kr. gestiegen und da man uns 12 Paar Pferde weggenommen hat, ist für uns eine kolossale Verteuerung der Zufahrtspesen eingetreten. Wir wollten für unsere Pferde aus unserer Mühle in Lassee vier Waggons Hafer holen, damit unsere Pferde etwas zu fressen haben, aber die Bezirkshauptmannschaft hat die Ausfuhr verboten und wir müssen nun in Wien das teure Futter kaufen und unsere Pferde mangelhaft ernähren. Wenn Sie nun noch erwägen, dass uns durch Requisitionen und Ausfuhrverbote der Stuhlrichter in Ungarn und der Bezirkshauptleute in Oesterreich oft Waren verloren gehen, die wir für teures Geld gekauft haben, dann werden Sie sich nicht mehr wundern, wenn auch unsere Preise immer mehr in die Höhe schnellen. Sie werden aber auch verstehen, dass die Vereinsleitungen bei aller Mühe, die sie sich geben, nicht verhindern können, dass uns Waren fehlen, dass wir mindere Qualitäten haben als unsere Mitglieder gewöhnt sind, und Sie werden einsehen, dass wir in den letzten Wochen und Monaten eine schwere Pflicht zu erfüllen hatten. Wir wollen auch weiter leisten, was wir können, aber zaubern können wir auch nicht und wir müssen mit diesen ungewöhnlichen Verhältnissen rechnen. Schenken Sie uns weiter Ihr Vertrauen und in gemeinsamer Arbeit wird es uns gelingen, diese schwere Zeit zu überwinden.

Aus unserer Bewegung

Goldach. (G.-Korr.). Unsere ordentliche Hauptversammlung vom 29. Mai erzeigte ein grelles Bild der Kriegszeit. War bereits letzten August durch Mitgliederbeschluss die Verwaltung beauftragt, von einer Rückvergütung-Einberechnung bei den Kalkulationen abzusehen, so haben Zinserhöhungen, Umsatzrückgang, Erhebung von Genossenschaftsgeldern, leere Wohnungen und alle die andern ausserordentlichen Erscheinungen, die sich in letzter Zeit zeigten, es verunmöglicht, auch für die vorangehenden fünf Monate eine Rückvergütung zu verabfolgen. Herr Graber, Revisor des V. S. K., entwickelte anhand der Rechnung ein genaues Bild über die finanzielle Lage und versuchte auch die anfangs gereizte Stimmung zu beruhigen und die Mitglieder von der Notwendigkeit dieses Schrittes zu überzeugen. Wir müssen gestehen, dass wir freudig enttäuscht waren, als sich die Opposition nicht stärker hervortat und der Antrag der Verwaltung mit grossem Mehr angenommen wurde. Es lässt sich nun allerdings heute noch nicht voraussehen, inwieweit sich die Folgen dieses Beschlusses durch Abwenden der Mitglieder von unserer Genossenschaft bemerkbar machen werden; die grosse Konkurrenz wird wohl einiges profitieren; ob für dauernd, wird erst festzustellen sein, wenn auch wir Ende Juni die Bilanzen ziehen und die Rückvergütung bestimmen. Wir haben allerdings ein gutes Wehrmittel in den billigen Preisen, die heute bei vielen Familien mehr aufwiegen als fragliche Rückvergütungen, und die Konkurrenz auch zwingen, unseren Preisen sich anzupassen. Vater Staat wird allerdings an uns keine Freude haben, wird doch die Staatsteuer von über Fr. 1300 auf nicht einmal Fr. 100 herabsinken. Also schon eine schöne Ersparnis für das nächste Jahr. — Die Verwaltung erfährt insoweit eine Aenderung als eine Geschäftsprüfungskommission geschaffen wurde. Die siebengliedrige Verwaltung und die Rechnungsprüfungskommission, zu welch letzterer der V. S. K. ein Mitglied stellt, vereinigen sich und bilden eine dreigliedrige Betriebskommission und eine siebengliedrige Geschäftsprüfungskommission. Letztere verteilt unter sich die monatliche Bücherkontrolle, die Kontrolle der Lokale, Magazine und Bäckerei usw. Wir hoffen dadurch alle Glieder der Verwaltung mehr für den Gang der Geschäfte zu interessieren und in die Arbeiten einzuführen. Die Verwaltung, die mit Ausnahme eines Revisors aus den bisherigen Mitgliedern besteht, hat von sich aus ihre Entschädigung um Fr. 600 reduziert, was von der Versammlung dankbar angenommen wurde. Wir werden später, nach Vornahme einiger Ergänzungen, einige Zahlen aus unserem Betrieb hier wiedergeben

Turgi. (M.-Korr.). *Genossenschaftliche Selbsthilfe.* Unser Nachbarverein Vogelsang führt in seinem Laden Brot. Seit Jahren war ein Vertragsbäcker der Lieferant. Aus Mitgliederkreisen wurde dann und wann eine Stimme laut, man solle versuchen, Brot aus einer Genossenschaftsbäckerei zu erhalten. Sobald solche Stimmen auftauchten, war der Vertragsbäcker der erste, der in die Posaune blies: Nur das nicht! Ich würde ruiniert! Das Brot bei mir ist besser! Persönlich suchte er alsdann Vorstand und Mitglieder auf und wusste die Sache immer so zu drehen, dass die Kritiken verstummten. Jedoch, was dieser Vertragsbäcker versprach, hielt er nur für kurze Zeit und die Brotpreise wurden ständig höher. Schon zwei Mal liess sich der Vorstand beim Nachbar in Turgi Offerten stellen, aber jedesmal konnte der Vertragsbäcker an der Generalversammlung den Sieg davontragen. Doch endlich war es genug! Auf 1. Mai 1915 kam wiederum ganz unvermutet ein Preisaufschlag; diesen neuen Aufschlag wollte und konnte Vogelsang nicht mehr akzeptieren. Die Generalversammlung beschloss mit 26 gegen 6 Stimmen mit 1. Mai 1915 das Brot vorläufig auf ein Jahr von der Konsumbäckerei in Turgi zu beziehen. Der erste Lieferungsmonat ist vorüber und wir können die Bilanz ziehen. Dabei müssen wir vorausschicken, dass unsere Erwartungen weit übertroffen worden sind. Die erste Rechnung stellt sich auf über Fr. 1400. Beide, sowohl der Lieferant in Turgi als auch der Abnehmer in Vogelsang sind befriedigt, womit beiden Teilen auf genossenschaftlicher Grundlage geholfen ist. Der frühere Vertragsbäcker hat durch eigene Schuld das Nachsehen; er versucht zwar, die Genossenschafter in Vogelsang vom Konsumladen abzuhalten, indem er denselben verspricht, die Milch billiger abzugeben sofern sie das Brot bei ihm holen.

Wir aber hoffen mit aller Bestimmtheit, dass sich die Genossenschafter nicht betören lassen werden, sondern fest zur Genossenschaft stehen. Auf diese Weise ist es möglich, genossenschaftlichen Geist zu pflanzen, die genossenschaftlichen Betriebe auszudehnen und so im Dienste der Allgemeinheit zu wirken und zu arbeiten. Nur wenn die Produktion den Interessen der Konsumenten dienstbar gemacht wird, ist in wirtschaftlicher Beziehung unsere Aufgabe gelöst; dann wird das Kapital, das bislang in den meisten Fällen nur Privatinteressen gedient, der Allgemeinheit zugeführt und diese wird befähigt, den Kampf ums Dasein siegreich auszufechten.

Nicht verzagt und nicht vermessen,
Vorwärts geh mit stetem Schritt.
Was der eine Tag vergessen,
Bringt der andere Tag Dir mit.

Interlaken. (B.-Korr.). In unserer Nachbargemeinde Habkern, in einem ca. 1000 Meter über Meer gelegenen Dorfe, ist eine Konsumgenossenschaft im Entstehen begriffen. Zur Orien-

tierung über das Genossenschaftswesen hielt Herr Hof, Vertreter des V. S. K., Samstag den 29. Mai abends, einen Propagandavortrag. Die notwendigen Vorarbeiten zur Gründung sind bereits beendigt, und ist berechtigte Aussicht vorhanden, dass das Genossenschaftswesen auch in diesem einsamen Bergdorfe festen Fuss fassen wird. Wir wünschen guten Erfolg.

Lugano. Vorzügliche Fortschritte hat unser Luganeser Verbandsverein trotz dem Kriege gemacht. Der Umsatz ist von Fr. 359,567.86 auf Fr. 408,390.16 angestiegen, der Ueberschuss sogar von Fr. 9,783.14 auf Fr. 16,599.95. Die Zahl der Mitglieder erreichte am 31. Dezember einen Bestand von 1016. Sämtliche Betriebszweige erzielten einen Rohüberschuss von Fr. 59,274.40, die Unkosten beanspruchten Fr. 42,674.45. Aus dem Reinüberschuss wurden Fr. 10,064.95 (4%) den Mitgliedern rückerstattet, Fr. 3,236.06 dem Genossenschaftsvermögen zugewiesen, Fr. 2,000.— auf Liegenschaften, Fr. 116.44 auf Emballage und Fr. 352.50 auf dem Guthaben beim «Credito Ticinese» abgeschrieben und schliesslich Fr. 830.— dem Verwaltungsrat als Entschädigung zugewiesen.

Martigny. Am 17. Januar zählte die Genossenschaft 647 Mitglieder oder 17 mehr als im Vorjahre. Der Umsatz fiel von Fr. 284,562.80 auf Fr. 272,379.46. Die Roheinnahmen betragen einschliesslich des Vortrages vom letzten Jahre in der Höhe von Fr. 90.44 Fr. 46,273.93. Demgegenüber erforderten die Unkosten einen Aufwand von Fr. 30,006.90. Von dem 16,267.03 Franken betragenden Reinüberschuss wurden Fr. 13,814.65 (7% wie im Vorjahre) den Mitgliedern rückerstattet, Fr. 1,304.25 auf dem Mobiliar abgeschrieben, Fr. 813.35 dem Genossenschaftsvermögen zugeteilt und Fr. 334.78 auf neue Rechnung vorgetragen.

Naters. Die Generalversammlung vom 5. April hat die infolge Demission des Präsidenten und des Aktuars nötig gewordenen Ersatzwahlen getroffen und Jahresbericht und Rechnung genehmigt. Die Mitgliederzahl beträgt 116 gegenüber 115 am Schlusse des vorhergehenden Rechnungsjahres. Aus dem Fr. 5083.10 betragenden Ueberschuss wurden Fr. 1000.— (3%) den Mitgliedern rückerstattet, Fr. 426.— als Zins auf die Anteilscheine (5%) vergütet, Fr. 500.— zur Bildung einer Reserve für dubiose Debitoren zurückgelegt, Fr. 1197.30 auf Mobilien und Fr. 1500.— auf Immobilien abgeschrieben und schliesslich Fr. 460.10 auf neue Rechnung vorgetragen.

Nesslau-Krummenau. Ungefähr das gleiche Bild, wie vielerorts, zeigt sich auch bei unserem Toggenburger Verbandsverein. Die Mitgliederzahl hat die aufsteigende Linie der früheren Jahre beibehalten und ist von 673 auf 693 angewachsen, währenddem der Umsatz einen Rückgang von Fr. 231,578.20 auf Fr. 218,824.88 erfuhr. Dementsprechend ist auch der Ueberschuss von Fr. 22,596.38 auf Fr. 20,563.21 zurückgegangen. Die Genossenschafter erhalten eine Rückerstattung von Fr. 20,000.— (10%) und auf ihre Anteilscheine einen Zins von Fr. 300.— (5%). An den Frauenverein Nesslau und den Armenverein Krummenau werden zusammen Fr. 150.— vergabt und der Rest von Fr. 113.21 dem Genossenschaftsvermögen zugewiesen.

Oerlikon. Der Umsatz ist im verflossenen Rechnungsjahre um Fr. 51,600.90 auf Fr. 434,392.05 zurückgegangen. Die Mitgliederzahl ist sich annähernd gleich geblieben und betrug am 31. März 810. Aus dem Fr. 21,236.04 betragenden Ueberschuss sollen Fr. 17,928.04 (6%) den Mitgliedern rückerstattet, 2,331.70 Franken auf dem Mobiliar abgeschrieben und Fr. 1,066.30 dem Genossenschaftsvermögen zugeteilt werden.

Schwamendingen. Mit einem Umsatz von Fr. 92,675.54 steht das Rechnungsjahr 1914 um Fr. 10,244.13 hinter seinem Vorgänger. Aus diesem Warenverkehr wurde ein Rohüberschuss von Fr. 18,441.01 erzielt. Kommen dazu noch Mietzinseneinnahmen in der Höhe von Fr. 700.—. Demgegenüber beträgt der Passivsaldovortrag ab letzter Rechnung Fr. 59.40, die Zinsen Fr. 2,546.10, die allgemeinen Unkosten Fr. 10,877.03, die Abschreibungen auf dem Mobiliar Fr. 550.19 und endlich der Reinüberschuss Fr. 5,108.29. Das Genossenschaftsvermögen betrug am 31. Dezember 1914 Fr. 31,786.75, das Anteilscheinkapital Fr. 1,080.—. Das Warenlager stand mit Fr. 39,041.88 zu Buch, die Liegenschaften mit Fr. 49,000.— und das Mobiliar mit Fr. 4,951.70.

Steg. Bei einem Umsatz von Fr. 32,328.70 betragen die Roheinnahmen Fr. 6767.63 und die Unkosten Fr. 5560.19, somit der Reinüberschuss Fr. 1207.44. Aus diesem werden Fr. 570.65 den Mitgliedern rückerstattet, Fr. 200.— auf dem Mobiliar abgeschrieben, je Fr. 150.— dem Reserve- und dem Baufonds zugewiesen und Fr. 136.79 auf neue Rechnung vorgetragen.

Utzenstorf. Der Umsatz in den 11 Monaten des vierten Rechnungsjahres steht mit Fr. 33,315.— um Fr. 3218.80 über dem des 12 Monate umfassenden dritten. Wenn trotzdem der Reinüberschuss von Fr. 1163.55 auf Fr. 871.70 zurückgegangen ist, so sind daran die Zeitverhältnisse schuld. Die Mitgliederzahl nahm um 3 zu und belief sich am 30. November 1914 auf 70. Den Mitgliedern wurden Fr. 724.20 (4%) rückerstattet, dem Genossenschaftsvermögen Fr. 125.— zugewiesen und Fr. 22.50 auf Mobilien abgeschrieben. Die bereits beschlossene Vereinigung mit der Konsumgenossenschaft Bätterkinden konnte der stets wiederkehrenden Mobilmachung eines grossen Teiles der Behörden beider Genossenschaften wegen bis jetzt nicht verwirklicht werden.

Vogelsang. Der Umsatz ist um Fr. 9,608.28 hinter dem des 14. Rechnungsjahres (Fr. 74,429.43) zurückgeblieben. Der Reinüberschuss beträgt Fr. 7,458.38 gegenüber Fr. 10,534.41 im Vorjahre. Daraus werden Fr. 6,374.28 oder 11% (13% pro 1913/14) den Mitgliedern rückerstattet, Fr. 392.— dem Reserve- und Fr. 371.10 dem Baufonds zugewiesen und Fr. 321.— auf neue Rechnung vorgetragen. Durch die Zuweisungen aus dem Ueberschuss wächst der Reservefonds auf Fr. 5000, der Baufonds auf Fr. 1400 an.

Mühlengenossenschaft schweiz. Konsumvereine (M.S.K.) Zürich

Es dürfte unsere schweizerischen Genossenschafter interessieren, zu vernehmen, welche Veränderungen seit Ende 1914 in der Mitgliedschaft der M. S. K. eingetreten sind:

Die Zahl der Mitglieder der M. S. K. betrug am 31. Dezember 1914 **87.** Hierzu traten bis zur Generalversammlung vom 28. Februar 1915 folgende weitere Vereine bei: 88. Bellinzona, K. G., 89. Niederbipp, K. G., 90. Huttwil, K. G., 91. Schiers, K. V., 92. Rheinfelden, A. C. V.

Seit der Generalversammlung vom 28. Februar 1915 bis heute traten ferner ein: 93. Amriswil, K. G., 94. Wettingen-Kloster, K. V., 95. Staufen, K. V., 96. Schafisheim, K. G., 97. Heiden, K. V., 98. Grabs, K. V., 99. Kloten, L. K. V., 100. St. Ursanne, S. c. d. c., 101. Buchs (St. G.), K. V., 102. Sevelen, K. G., 103. Wädenswil, A. C. V., 104. St. Gallen, G. B., 105. Grenchen, A. K. G., 106. Mümliswil, K. V. Austritte sind keine zu verzeichnen. Die Zahl der Mitglieder der M. S. K. hat sich somit seit der vor $2^1/_2$ Jahren erfolgten Gründung verdoppelt. *Dr. B.-M.*

Verbandsnachrichten

Statistische Fragebogen pro 1914. Vom 16. bis 23. Juni liefen die Fragebogen folgender Verbandsvereine ein:

324. Schaffhausen, A. K. G., 325. Steg, 326. Chamoson.

Mitteilungen der Redaktion

Liga für Verbilligung der Lebenshaltung. Der vorliegenden No. 26 des „Schweiz. Konsum-Verein" ist No. 3 des „Korrespondenzblattes" beigegeben.

Korrigenda. In No. 25 des „Schweiz. Konsum-Verein" blieb ein sinnstörender Druckfehler stehen. Seite 262, zweite Spalte Zeile 6 von oben lies: **Paroxismus** statt Patriotismus.

Redaktionsschluss 24. Juni.

Redaktion: Dr. Henry Faucherre.

Verantwortlich für Druck und Herausgabe: **Verband schweiz. Konsumvereine (V. S. K.)** Für denselben: Dr. **Oskar Schär.**